

DEUTSCH –NIEDERLÄNDISCHE RAUMORDNUNGSKOMMISSION

Unterkommission Nord

NEDERLANDS-DUITSE COMMISSIE VOOR DE RUIMTELIJKE ORDENING

Subcommissie Noord

Positionspapier der Unterkommission Nord vom 18.Oktober 2010 zum demographischen Wandel

Die Deutsch-Niederländische Raumordnungskommission Unterkommission Nord stellt im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel im deutsch-niederländischen Grenzgebiet folgendes fest:

Der demographische Wandel ist in beiden Ländern eine der großen Herausforderungen der Zukunft. Ursachen für den demographischen Wandel sind eine zu niedrige Geburtenhäufigkeit, die hohe und weiter steigende Lebenserwartung sowie die Zu- und Abwanderung. Der Wandel vollzieht sich nicht in allen Regionen gleich schnell. Neben Schrumpfungsregionen gibt es in beiden Ländern zurzeit stabile Regionen und solche mit Bevölkerungswachstum. Allerdings ist bereits in allen Regionen eine Überalterung der Gesellschaft zu verzeichnen. Es gibt flächendeckend zum Teil unterschiedliche Bevölkerungsprognosen, welche letztendlich aber sowohl für die Niederlande als auch für Deutschland den gleichen Trend voraussagen: Der Phase der Alterung folgt die Phase der Schrumpfung.

Insofern ist auch das Gebiet der UK Nord vom demographischen Wandel betroffen, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung/Intensität. Die Gemeinden im Norden des Grenzgebietes haben bereits jetzt einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der den südlichen Gemeinden erst noch bevorsteht (Nord-Süd Gefälle). Im niederländischen Grenzraum konzentriert sich das zukünftig noch verbleibende Bevölkerungswachstum auf die regionalen Zentren, im deutschen Grenzgebiet haben dagegen auch die ländlichen Gemeinden mit einem Wachstum zu rechnen.

Die zukünftige negative Bevölkerungsentwicklung beidseits der Grenze erfordert eine gemeinsame Beschäftigung mit diesem Thema und konzertierte Aktion aller Akteure im Raum zur Abfederung der negativen Auswirkungen.

Ziel ist es, den deutsch-niederländischen Grenzraum im Gebiet der Unterkommission Nord auch in Zukunft als attraktiven Lebens- und prosperierenden Wirtschaftsraum zu erhalten und weiter auszubauen. Dazu werden folgende Voraussetzungen/Aktivitäten für erforderlich gehalten:

1. Zur Bewältigung des demographischen Wandels ist eine fachübergreifende, integrativ ausgerichtete Zusammenarbeit sowie eine Kooperation von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung erforderlich.
2. Ziel einer nachhaltigen Raumordnungspolitik muss es sein, eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilräumen herzustellen. Dabei ist den unterschiedlichen räumlichen Bedingungen und Entwicklungspotentialen Rechnung zu tragen. In Gebieten, die von Bevölkerungsrückgang und -alterung betroffen sind, muss auch in Zukunft die Daseinsvorsorge gesichert werden. Ei-

ne Erreichbarkeit der Einrichtungen der Daseinsvorsorge muss für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden.

3. Die Zentralen Orte / Hauptorte sind zu stärken. Des Weiteren sind insbesondere in den dünn besiedelten ländlichen Räumen auch Kooperationen Zentraler Orte / Hauptorte zur arbeitsteiligen Wahrnehmung zentralörtlicher Aufgaben zu unterstützen und zu fördern. Besonders begrüßt wird eine diesbezügliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit, wie z. B. wie sie z. B. schon jetzt im Rahmen der EUREGIO, der Ems Dollart Region (EDR) oder im Europark Emlichheim-Coevorden erfolgt.
4. Bei der weiteren Siedlungsentwicklung muss vor dem Hintergrund der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung schon jetzt einer Innenentwicklung Vorrang vor einer weiteren Außenentwicklung eingeräumt werden. Um den Verfall und drohender Verlust von Ortsbild prägenden Gebäuden zu verhindern, sollten für den Umbau verstärkt Fördermittel bereitgestellt werden. Ebenfalls gezielt gefördert werden sollte ein geordneter Rückbau vorhandener, nicht mehr erforderlicher bzw. nicht mehr gebrauchsfähiger Bausubstanz. Die europäischen Förderprogramme sind in der Förderperiode ab 2014 entsprechend auszurichten. Öffentliche Infrastrukturvorhaben sind bereits im Vorfeld der Realisierung auf ihre Demographiefestigkeit und nachhaltige Wirkung hin zu überprüfen (Demographie-Check).
5. Damit es gelingt, gut ausgebildete Kräfte in der Region zu halten bzw. zur Rückkehr zu bewegen, ist es wichtig, ihnen einen adäquaten Ausbildungs- bzw. Studienplatz sowie Arbeitsplatz anbieten zu können. Hierfür ist es unerlässlich, dass sich die regional vorhandenen Unternehmen und Universitäten bzw. Fachhochschulen auch im internationalen Wettbewerb behaupten können. Damit dies besser gelingt, ist es erforderlich, die regional vorhandenen spezifischen Potentiale und Stärken zu identifizieren, zu stärken und zu vernetzen.
6. Damit die niederländischen Provinzen und Gemeinden sowie die deutschen Kreise, Landkreise und Kommunen im Grenzraum sich auch unter den Bedingungen einer zunehmenden internationalen Standortkonkurrenz günstig positionieren können, ist es erforderlich, gemeinsame transnationale Stärken zu identifizieren und zu stärken. Hierfür sind eine gezielte Förderung der grenzüberschreitenden Vernetzung sowie ein Austausch von Erfahrungen im Sinne von Wissenstransfer zwingend notwendig.
7. Die nachhaltige Stärkung der Grenzregion und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen deutschen und niederländischen Partnern (insbesondere INTERREG A) muss auch künftig Ziel der EU-Förderpolitik sein. Die Förderung von Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen muss auch über 2013 hinaus erfolgen. Dabei sind die Regelungen offener und flexibler zu gestalten, um auch Kooperationen z.B. mit Universitäten bzw. Hochschulen außerhalb des INTERREG A Gebietes zu ermöglichen. Die Grenzregion insgesamt ist zu fördern und damit zu stärken.
8. Die Sterbeüberschüsse in der Bevölkerung werden immer größer werden. Dies über Zuwanderungen auszugleichen, wird zusehends schwieriger, weil

hierfür das Potential im Inland sowie im benachbarten Ausland schrumpft. Im Wettbewerb um Zuwanderer sind Konkurrenzen zwischen den verschiedenen Akteuren zu vermeiden. Nur gemeinsam ist man stark. Nur gemeinsam kann es gelingen, sich nachhaltig und grenzüberschreitend als Wachstumsregion zu positionieren.

Die Deutsch-Niederländische Raumordnungskommission Unterkommission Nord fordert im Sinne der oben aufgeführten Punkte alle Akteure aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft beider Länder auf, den deutsch-niederländischen Grenzraum weiter zu stärken und weiterzuentwickeln zu einer starken Region in der Mitte Europas zum Wohle beider Länder und seiner Menschen.